

Demographie und die Zukunft der Schweiz – die Politik ist gefragt

Dr. Hans Groth, Zürich

Der demographische Wandel ist neben dem Umgang mit natürlichen Ressourcen mit Abstand die bedeutendste Herausforderung in den kommenden 30 - 40 Jahren für die Schweiz, für Europa und letztlich für die ganze Welt. Die kommenden Jahrzehnte werden uns vor einen Wandel stellen, für dessen Bewältigung wir auf keine historischen Erfahrungen zurückgreifen können. Dies macht die Aufgabe so anspruchsvoll. Ein ausreichendes Mass an Informationen und Wissen ist eine Grundvoraussetzung, damit unsere Gesellschaft mit diesem Wandel umgehen kann.

Die Schwerpunkte – die demographische Entwicklung sowie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Gestaltung eines Landes – weisen wesentliche Gemeinsamkeiten auf. Sie alle befassen sich mit der Zukunft und verlangen ein Denken, das weit über unseren üblichen Zeithorizont hinausgeht. Obwohl der demographische Wandel und die Zukunftsplanung im Alltag eher kaum wahrgenommen werden, haben sie die Geschichte der Schweiz schon immer in einem weitaus grösseren Ausmass beeinflusst, als gemeinhin bekannt. Die Liste der Beispiele ist lang und lässt sich - bedingt auch durch die besondere Topographie der Alpen - mit eindrücklichen Migrationsbewegungen bis ins 14. Jahrhundert zurückverfolgen.

Geburtenrückgang mit Folgen

Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass die Schweiz in Zukunft weniger stark vom demographischen Wandel betroffen sein wird als andere Nationen – im Gegenteil: Demographen weisen spätestens seit den achtziger Jahren auf den dramatischen Geburtenrückgang und seine Folgen hin. Aber dass wir tatsächlich vor einem gewaltigen Problem stehen, setzt sich im öffentlichen Bewusstsein erst seit kurzem und nur langsam durch. Was heisst es schon, wenn die Geburtenziffer, also die Anzahl Kinder je Frau, in der Schweiz seit Ende der achtziger Jahre bei kaum mehr 1,4 liegt? Um eine zukünftige Bevölkerung ohne Einwanderung konstant zu halten, müsste sie deutlich höher liegen, nämlich bei 2,1. Gleichzeitig nimmt die Lebenserwartung ungebrochen weiter zu, alle bisherigen Prognosen wurden bisher immer übertroffen. Wer kann sich wirklich vorstellen, wenn im Jahr 2050 knapp zwei Erwerbstätige für einen Rentner aufkommen müssen? Vielleicht ist dies mit ein Grund, dass die meisten Bürger so merkwürdig desinteressiert sind an einem Wandel, der sich langsam und unaufhaltsam vollzieht, und der die Schweiz (und alle übrigen europäischen Länder) in den kommenden Jahrzehnten einschneidend verändern wird.

Da der demographische Wandel in der menschlichen Wahrnehmung langsam geschieht, ist es nötig, den Blick nicht nur auf die nächsten Jahre, sondern auf die kommenden Jahrzehnte zu richten. Denn wirklich dramatisch werden sich die Auswirkungen erst in 15 - 20 Jahren, also ab 2025, zeigen. Dann werden die heute dominanten und wirtschaftlich aktiven Kohorten der „Babyboomer“ unwiderruflich in den Ruhestand treten.

15 - 20 Jahre scheinen weit entfernt zu sein – aber dies täuscht. Die demokratische Grundordnung der Schweiz hat zweifelsohne ihre Vorteile, sie braucht aber auch mehr Zeit als eher zentralistisch ausgerichtete Staatsformen, um mit neuen Gegebenheiten fertig zu werden. Jegliche Bewusstseinsbildung und Auseinandersetzung mit diesem Problem ist deshalb bereits heute eine dringliche Priorität. Lösungsansätze müssen umsichtig erarbeitet, diskutiert und entsprechend der schweizerischen politischen Kultur im Konsens verabschiedet werden. Und im

grossen Unterschied zu sonstigen politischen Schwerpunkten gibt es beim Thema „Demographie“ keine sofortige Dividende. Dennoch ist ein Engagement der Politik schon heute nicht nur ein „können“. Im Gegenteil, sie ist ein „muss“ und damit sichtbar gelebte Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Gesundheit als Wettbewerbsvorteil

Letztlich geht es darum, nachhaltige Optionen für folgendes Szenario zu erarbeiten.

«Wie kann bei der sich abzeichnenden Stagnation in der Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz eine nachhaltige Steigerung des Lebensstandards und des wirtschaftlichen Wohlergehens gewährleistet werden? »

Japan ist bereits heute mit dieser Situation konfrontiert - die Erfolge der Bemühungen der japanischen Politik werden wir bereits in den kommenden 10 Jahren beobachten können. Dies bedeutet leider nicht, dass Europa sich zurücklehnen und einfach aus den Erfahrungen Japans lernen kann. Es bedeutet aber auch nicht, dass die Schweiz quasi dazu verdammt ist, ein grandioses Seniorenheim zu werden. Gemessen an der Wirtschaftsleistung könnte gerade die Schweiz die demographischen Veränderungen kompensieren, indem sie u. a. das Potential ihres Gesundheitsvorteils – z. B. gegenüber den USA – besser ausschöpft und dadurch neue Produktivitätsreserven bildet. Dies würde jedoch bedingen, dass wir grundlegende und Veränderungen in der Denkweise und der Art, wie wir in Zukunft leben wollen, vornehmen.

Und weitere Potentiale?

Das Potential „Gesundheit“ ist jedoch nicht isoliert zu betrachten. Seine volle Wirksamkeit wird es nur gemeinsam entfalten mit:

- hoher Qualifikation bzw. Bildung und neuen Modellen, die „Gesundheitskarte“ tatsächlich ausspielen zu können
- neuen Arbeits- und Beschäftigungsmodellen ohne starre Altergrenzen und Hürden – eine ständige zunehmende gesunde Lebenserwartung ist dazu unabdingbare Voraussetzung
- einem Gesellschaftsmodell welches durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Frauenerwerbsquote deutlich erhöht – hier hat die Schweiz eindeutig Nachholbedarf
- einer konzeptionelle Anpassung der Rentensysteme, die über grundsätzlich andere Einzahlungsmodelle die volle Nutzung des Zinseszinspotentials ermöglichen - eine z.B. 75-jährige Phase der individuellen Vermögensbildung in einer (obligatorischen) Pensionskasse könnten erstmals den Zinseszins-effekt in ungeahnter Weise kapitalisieren

Zusätzlich werden es die Rahmenbedingungen der Schweiz auch in Zukunft erlauben, Migration als Instrument der „Demografie-Bewältigung“ einzusetzen. Neben bevölkerungspolitischen Befindlichkeiten sollte die bisher unbegrenzte Verfügbarkeit ausländischer qualifizierter Arbeitskräfte im Hinblick auf seine Nachhaltigkeit diskutiert werden.

Der erste Schritt auf dem Weg der Auseinandersetzung mit diesen genannten Potentialen ist ein breiter öffentlicher Diskurs zur Frage:

«Was geschieht mit einem Land wie der Schweiz, wenn man demographische Veränderungen nicht angeht?»

Was ist zu tun?

Die Politik hat es in der Hand, das Thema der schleichenden Erosion unseres Lebensstandards (und damit auch unserer demokratischen und liberalen

Gesellschaftsordnung) durch die negativen Folgen der demographischen Entwicklung mit einem aktiven Vorgehen anzugehen. Dabei stehen für mich drei Handlungsfelder im Vordergrund:

1. Thematisierung der Problematik und seiner Konsequenzen

Was geschieht mit der Schweiz – auch im internationalen Umfeld – wenn sie sich der Herausforderung Demographie nicht stellt? Welche Verantwortung haben ältere Generationen für die Lebensbedingungen nachfolgender Generationen? Darf es sein, dass nachfolgende Generationen die Altlasten dann nicht mehr lebender Generationen bezahlen müssen?

2. Erhalt der volkswirtschaftlichen Produktivität

Man darf sich keine Illusionen machen: Wenn der Anteil der produktiv tätigen Menschen in einer Bevölkerung zurückgeht und die technologischen Produktivitätsfortschritte weitgehend ausgereizt sind, so schrumpft die Volkswirtschaft. Abhilfe schaffen können hier nur noch zusätzliche produktive Jahre. Doch woher holen?

Hierzu gibt es **drei Ansatzpunkte**:

1. **Erhöhung der produktiven Jahre der arbeitenden Bevölkerung** durch bessere Gesundheitsvorsorge und Minimierung der Fehlzeiten. Hier liegt das volkswirtschaftliche Potential der Prävention. Ein vorbildliche Präventionsstrategie mit einer Mischung von staatlichem Engagement (Vermittlung von Wissen über Gesundheit und gesundem Verhalten bereits ab dem Schulalter) und einem Anreizsystem, das gesundheitsförderndes individuelles Verhalten belohnt (und nicht umgekehrt!), kann zusätzliche Produktivitätspotentiale freilegen.
2. Eine **Flexibilisierung der Pensionen**. Es kann nicht sein, dass wir immer länger gesünder leben und diese zusätzlichen „goldenen“ Jahre als reine Freizeit und „Belohnung“ für Jahre des Einzahlens selbstverständlich konsumieren.
3. Eine **Verbesserung der sozialen Strukturen**, die die Nutzung der Ressource „Frauen und Berufsleben“ auch wirklich möglich machen.

3. Anpassung und Ergänzung der Rentensysteme

Wir werden um eine Anpassung unserer Rentensysteme nicht herum kommen. Sie sind konzipiert worden zu einer Zeit, als das Verhältnis von produktiver zu pensionierter Bevölkerung noch völlig anders war. Schon bald kommen auf einen Rentner nur noch zwei Erwerbstätige, die ihn finanzieren müssen. Eine kreative und intelligente Anpassung oder Ergänzung der Rentensysteme wird unerlässlich. Hier stellt sich die Frage, weshalb beim Kapitaldeckungsverfahren nicht durch eine wesentlich längere Einzahlungspflicht – zum Beispiel ab Geburt und bis zum 75. Lebensjahr – von den Effekten des Zinseszins wirkungsvoll profitiert wird. Mit einem sehr bescheidenen, aber von Geburt an regelmässig einbezahlten Betrag liesse sich so ein im Alter gut zu gebrauchendes Kapital anhäufen – das zudem in der Anhäufungszeit durch die feste Bindung von den dieses Kapital verwaltenden Institutionen in den Wirtschaftskreislauf zurückgespielen werden könnte.

Die Politik hat es in der Hand zu bestimmen, wie gross die Probleme sein sollen, die wir unseren Nachfahren überlassen werden.

Zürich, 17. Februar 2010